

Wie kann Europa seine Grenzen besser schützen?

Migration Aus der Union kommen Vorschläge für schärfere Regeln, um illegale Einwanderung zu verhindern. Doch die Rechtslage ist komplex.

Berlin. Die Debatte um die Verhinderung illegaler Migration nach Europa hat in Deutschland an Fahrt aufgenommen. Maßnahmen scheinen in Reichweite – zumindest, wenn es nach der Union geht –, die jahrelang als nicht vereinbar mit dem Völkerrecht oder europäischen Verträgen bezeichnet wurden. Eine Auswahl:

Bundesweite Grenzkontrollen: Der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) fordert: „Der Bund muss endlich dafür sorgen, dass weniger Menschen illegal nach Deutschland kommen. Dazu brauchen wir flächendeckende Kontrollen an den deutschen Außengrenzen.“ Diese Forderung kollidiert mit dem Schengener Abkommen, das einen Raum ohne Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten gewährleisten

soll. 27 europäische Länder sind ihm inzwischen beigetreten.

Ausnahmen vom kontrollfreien Grenzübertritt sind möglich, müssen jedoch von der EU genehmigt werden, wie zwischen Bayern und Österreich seit der Flüchtlingskrise 2015. Im ersten Halbjahr zählte die Bundespolizei 45 338 unerlaubt eingereiste Migranten, zwei Drittel mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Pushbacks: „Es muss möglich sein, illegale Migranten an Europas Küsten zurückzuweisen“, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Thorsten Frei, der „Welt“. Die Zurückweisung von Flüchtlingen an den Grenzen oder auf dem offenen Meer ist seit Jahren umstritten. Der Chef der Bundesgrenzschutz-

agentur Frontex, Fabrice Leggeri, stürzte sogar über Vorwürfe, Pushbacks der griechischen Küstenwache vertuschen zu wollen. Flüchtlingsorganisationen verweisen darauf, dass eine Zurückweisung ohne die Möglichkeit eines Asylantrags gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoße.

Hingegen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte solche Zurückweisungen in einigen Fällen für rechtmäßig erklärt.

Lager an den EU-Außengrenzen: Die EU-Innenminister haben Anfang Juni eine Reform der EU-Migrationspolitik beschlossen, die noch vom Europäischen Rat und dem EU-Parlament beraten werden muss. Demnach sollen unter anderem an den Außengrenzen streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen aufgebaut werden. In ihnen sollen Asylanträge von ankommenden Flüchtlingen bearbeitet werden, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent kommen.

Die Idee erinnert an die Liste von sicheren Herkunftsstaaten in Deutschland, deren Erweiterung die Union seit Jahren fordert, die von den grün und links mitregierten Ländern im Bundesrat bisher aber verhindert wurde. Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern können einfacher entschieden werden, weil ihnen zu Hause keine Verfolgung droht.

Stefan Kegel

Kommentar

Demonstrierende in der griechischen Stadt Piräus wenden sich am 18. Juni unter anderem gegen „Pushbacks“. Kurz zuvor waren Hunderte Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken. Foto: L. Gouliamaki/afp

